



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Joseph von Radowitz und die preußische Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Joseph von Radowiz und die preussische Politik.*)

Gesammelte Schriften von J. von Radowiz. Berlin, Reimer. 1. Band. Ikonographie der Heiligen; die Devisen und Motto des spätern Mittelalters; die Autographen-Sammlungen. — 2. Bd. Frankfurt a. M. — Reden. — 3. Bd. Die spanische Thron-Revolution 1830; Wer erbt in Schleswig? Reden, die im Ständesaal zu Berlin (1847) nicht gehalten worden; Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.; Berichte aus der Nationalversammlung. — 4. Bd. Fragmente, erster Theil: zur Politik und Rechtslehre.

Der Eindruck, den die letzte Session der preussischen Kammern auf uns gemacht hat, ist nicht gerade geeignet, uns für die nächste Zukunft unseres Vaterlandes bedeutende Hoffnungen zu erregen. Sowol die innern wie die äußern Angelegenheiten haben eine Wendung genommen, die eine Consistenz in unsrer bisherigen Politik von Tage zu Tage schwieriger macht.

Was die innern Angelegenheiten betrifft, so hat das Ministerium gegen die beiden Grundbedingungen des constitutionellen Lebens, gegen die Nothwendigkeit einer jährlichen Einberufung der Kammern und gegen die Redefreiheit der Mitglieder einen so heftigen Angriff gemacht, daß sein Entschluß, dem parlamentarischen Wesen überhaupt ein Ende zu machen, wenn auch nicht gerade durch direct ungesetzliche Mittel, kaum in Frage zu stellen ist. Wir haben, gegen die Meinung selbst eines Theils unserer Parteigenossen, zu der fortdauernden Theilnahme an den Kammerverhandlungen unermüdlich aufgefodert, denn man kann den Kammern ein Recht nach dem andern nehmen, die Volksmeinung kann sich ihnen immer weiter entfremden: so lange noch die Regierung verpflichtet bleibt, alle Staatsangelegenheiten ihrer Begutachtung vorzulegen, und so lange die Deputirten das Recht behalten, frei und offen ihr Urtheil abzugeben, bleiben sie doch immer ein mächtiger Hebel für die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit, und bedürfen nur

*) Vgl. unsere frühern Berichte 1850, Heft 11 und 13; 1851, Heft 28.

eines günstigen Augenblicks, um auch sehr wirksam in Anwendung gebracht zu werden. Sobald aber jene Verpflichtungen, jene Rechte aufhören, verliert das parlamentarische Wesen allen Zweck, und wird nicht bloß unnütz, sondern schädlich für die Krone wie für das Volk, weil es die erste auf eine trügliche Weise sicher macht und dem zweiten beständig ein aufregendes Bild seiner eigenen Ohnmacht vor die Augen stellt.

Nun ist zwar der erste Angriff vorläufig glücklich abgewendet, und das Fortbestehen der periodischen Legislatur gewahrt worden. Aber es ist sehr die Frage, ob ein ähnlicher Versuch im nächsten Jahre nicht ein anderes Resultat herbeiführen sollte, denn die entscheidende Combination der gegenwärtigen Sitzungs-Periode ist nicht unter allen Bedingungen wieder herzustellen. Auf eine bedenklichere Weise hat die Regierung den zweiten Angriff in's Werk gesetzt, sie hat bei Gelegenheit des bekannten Aldenhoven'schen Vorfalls die Freiheit der Tribune, die durch ganz unzweifelhafte Verfassungsbestimmungen sicher gestellt ist, auf eine Art angezweifelt, daß uns, aufrichtig gestanden, das Schweigen unsrer Freunde über diese Lebensfrage räthselhaft vorkommt. Der Minister hat noch in einer der letzten Sitzungen erklärt, er werde in dieser Angelegenheit thun, was seines Amtes ist, d. h. nach seiner früheren Interpretation, er werde den Abgeordneten Aldenhoven wegen seiner Meinungsäußerungen auf der Tribune in Anklagestand versetzen; und die Linke hat dazu geschwiegen. Nun sind wir zwar in unserm Pessimismus noch keineswegs so weit gekommen, daß wir die Möglichkeit annähmen, irgend ein preussisches Gericht könne, der ausdrücklichen Verfassungsbestimmung zum Trotz, auf eine solche Anklage eingehen, aber wir hätten es künftiger Fälle wegen doch für nothwendig gehalten, in der Kammer selbst augenblicklich darüber ein ernstes Wort zu sprechen.

Wir wollen auf die übrigen, zum Theil doch verhängnißvollen Entscheidungen der letzten Session nicht weiter eingehen. Wir sind z. B. von dem Inhalt des Manteuffel'schen Gemeindegesezes nie sehr erbaut gewesen, aber die jetzt gleichsam gesetzlich festgestellte Rechtsunsicherheit in diesem wichtigsten Organismus des Volkslebens ist doch das Schlimmste, was unter allen möglichen Fällen hätte eintreten können. Wir wollen nur noch aufmerksam machen auf die verletzende, fast höhrende Weise, mit der sich namentlich der Minister des Innern über die parlamentarischen Institutionen ausgesprochen hat, die selbst bei der äußersten Noth Anstoß erregte, und auf die wir nicht wegen der Person des Sprechenden Gewicht legen, sondern weil sich doch immer die Gesinnung der entscheidenden Mächte darin abschattirt.

Und wenn auf diese Weise Manches geschehen ist, was der weiteren Entwicklung nur schädlich sein kann, so ist dagegen das unterlassen, was sie allein in einen regelmäßigen Lauf hätte leiten können. Noch stehen sich die drei Hauptfractionen der liberalen Partei ebenso fremd einander gegenüber, wie vor

der Eröffnung der Kammern. Zwar haben sie in vielen der wichtigen politischen Fragen mit einander gestimmt, und auch das ist schon dankenswerth, denn wir Deutsche sind nur zu geneigt, in der Aufmerksamkeit auf kleine Differenzen den Hauptpunkt zu übersehen; aber für eine gemeinsame Organisation, für die Feststellung allgemeiner Verhaltensregeln ist nichts gethan, und so sehen wir denn der innern Entwicklung in einem ebenso problematischen Zustande entgegen, als das früher der Fall war. Ja die specifisch-liberale Partei hat es nicht einmal zu der Kraftanstrengung bringen können, sich ein eigenes Centralorgan zu schaffen, und so bleibt die Opposition theils in den Händen der Provinzialpresse, die doch zum Theil von sehr individuellen Bedingungen abhängig ist, und die daher nicht immer gemeinsam operiren kann; theils in den Händen des „preussischen Wochenblatts“, das in seiner Haltung ebenso kräftig und energisch fortfährt, als früher, das aber doch nicht die Partei vertritt. Dagegen entwickeln die der Regierung angehörigen Federn eine sehr große Rührigkeit, und mit einem nicht sehr angenehmen Erstaunen sehen wir alle Augenblicke die Spalten der liberalen und halbliberalen Blätter mit Berichten aus dem Centralbureau angefüllt, die nicht selten die stärksten Invectiven gegen die parlamentarische Opposition enthalten.

Während auf diese Weise die inneren Angelegenheiten in eine immer größere Verwirrung gerathen, ist in der auswärtigen Politik Preußens eine Wendung eingetreten, die mit allen früheren Traditionen fast vollständig bricht. Daß zwischen Oestreich und Preußen, einerseits wegen der fortwährenden Abschwächung der Streitobjecte, die sich zuletzt in gegenstandlose Stimmungen auflösten, theils wegen der gemeinsamen Gefahr, welche die Ruhe Europas von Seiten Frankreichs bedrohte, eine Annäherung stattfinden würde, haben wir vorausgesehen und auf das Lebhafteste gewünscht. Wo man nicht mehr die Entschlossenheit hat, die streitigen Principien festzuhalten, da soll man die Streitigkeit überhaupt aufgeben, um so mehr, da es hier das Verhältniß zweier Staaten betraf, die durch ihre natürliche Lage wie durch ihre Geschichte eigentlich einander näher hätten geführt werden sollen. Je offener man in solchen Fällen verfährt, je größere Klarheit man dem gegenseitigen Verhältniß zu geben weiß, desto ersprißlicher wird es für beide Theile sein. Darum haben wir das erste offene Zeichen der Versöhnung, den Besuch des Kaisers in Berlin, mit Freuden begrüßt, und wir haben selbst in dem Abschluß des Handelsvertrags eine unvermeidliche und nach den Umständen nicht unvortheilhafte Thatsache anerkannt. Nun sind aber Umstände eingetreten, die uns minder angenehm berühren, auf die wir aber hier nur hindeuten können, da sie sich zum Theil in unabhare Regionen verlieren. Es sind die sichersten Anzeichen vorhanden, daß Preußen sich tiefer in die europäischen Projecte Oestreichs eingelassen hat, als für seine Unabhängigkeit wünschenswerth ist, und in die Formen des gegenseitigen Verkehrs sind Nuancen eingetreten, über denen man fast vergessen kann, daß Preußen einmal einen König

gehabt hat, der Friedrich der Große hieß. Wir finden es zwar keineswegs mit dem guten Geschmack vereinbar, daß man fortwährend vom siebenjährigen Krieg declamirt, aber ganz wünschten wir das Andenken an denselben doch nicht verwischt, denn es ist doch die Zeit, auf der Preußens Bedeutung als historischer Staat beruht.

Wir haben diese Bemerkungen aus der Gegenwart vorausgeschickt, weil sie wol geeignet sind, auf das Bild des vielgeschmähten Mannes, der soeben mit zwei neuen Bänden seiner gesammelten Werke vor das Publicum getreten ist, ein besseres Licht zu werfen. Wir Liberalen sind Herrn v. Radowiz noch immer eine Ehrenerklärung schuldig. Daß wir ihn in einer Zeit, wo er zu einem sehr einflußreichen Handeln berufen war, auf das Lebhafteste angriffen, war zwar vielleicht nicht sehr weise, aber natürlich; denn auch für den sanguinischen Politiker mußte es sich sehr bald herausstellen, daß er kein Mann der That war, und daß ein solcher in einem kritischen Moment nur Verwirrung anrichten kann, wie lobenswerth auch im Allgemeinen seine Ansichten sein mögen. Auf Herrn v. Radowiz kann man ein Wort Rahel's anwenden. Sie sagt einmal von sich selbst, sie sei niemals poetisch productiv gewesen, weil sie niemals trivial sein könne. Was in dieser Paradoxie Nichtiges ist, findet auf Herrn v. Radowiz seine volle Anwendung; er ist zu „geistreich“, um in der praktischen Politik etwas zu leisten. Sein Horizont dehnt sich zu weit aus und seine Gesichtspunkte sind zu vielseitig, als daß er ruhig und entschlossen dem einmal gesteckten Ziele nachgehen könnte. Wer in der praktischen Politik etwas leisten will, muß einseitig sein können, sonst wird er über dem Hin- und Hersehen nach allen Seiten sich beständig im Kreise drehen, und niemals von der Stelle kommen. In einem kritischen Moment ist eine solche Gemüthsstimmung zugleich aber auch die gefährlichste, denn wer sich hier nicht im Augenblick entschließt, wird von den unaufhaltsam fortrollenden Rädern zerschmettert. Herrn v. Radowiz politische Ueberzeugung, für deren Ehrlichkeit und Festigkeit uns jede Seite dieser Bücher Zeugniß ablegt, hat sich nie zur Leidenschaft gesteigert; und das muß sie, wenn ein neuer Zustand herbeigeführt, wenn ein gewaltiges Hinderniß hinweggeräumt werden soll. Auch die Rechtfertigung seines Verhaltens, die er hier auf's Neue versucht, dreht sich beständig im vitiösen Cirkel: wenn seine fingirten Gegner ihm erklären, daß, wer den Zweck wolle, auch die Mittel wollen müsse, und daß er daher entweder die Mittel nicht erkannt, oder den Zweck nicht ernstlich gewollt habe, so erwiedert er regelmäßig: ich habe die Mittel allerdings erkannt, ich habe erkannt, daß sie die einzigen waren, die zum Zweck führten, und daß sie zum Zweck führen mußten, aber ich habe sie nicht anwenden wollen und daher nicht anwenden können, weil sie gegen mein Gewissen waren. Gegen eine solche Erklärung läßt sich nichts weiter einwenden, als daß er in diesem Fall auch in der That den Zweck hätte aufgeben, und sich von dem Schauplatz der That fernhalten müssen.

Indessen dürfen wir dabei auch nicht aus den Augen lassen, daß für einen Mann, der mitten in der Action steht, der sowol von seiner Fähigkeit als auch von seinem unmittelbaren augenblicklichen Einfluß eine gerechte Ueberzeugung hat, ein solcher Entschluß sehr schwer fällt. Er hofft noch jeden Augenblick auf das Eintreten eines unerwarteten Ereignisses, welches sein Gewissen mit seiner vernünftigen Ueberzeugung ausöhnen werde; er steht, daß seinem Zurücktreten nothwendig eine Verschlimmerung der Lage folgen müsse, und so bleibt er und läßt sich eine Concession nach der andern abdrängen, bis die Ereignisse ihn überwältigen. Das ist nicht weise gehandelt, aber es ist menschlich.

Aber in wie glänzendem Licht steht sein Verhalten da, wenn wir es mit dem seiner Nachfolger vergleichen. Hier ist von dem Festhalten eines bestimmten Planes, von der Consequenz eines politischen Princips noch viel weniger die Rede; jeder kommende Tag verläugnet alle vorhergehenden, und man hat niemals eine feste Zukunft im Auge; aber es kommt noch dazu die gänzliche Abwesenheit alles Idealismus und eine Vertiefung in kleinliche endliche Interessen, die jeden höheren Aufschwung der Nation niederdrücken muß. In Herrn von Radowiz dagegen finden wir trotz des Wechsels in den Formen und trotz der Unstetigkeit in den Unternehmungen dennoch stets das Festhalten an einem wirklichen Princip, eine ehrliche Gesinnung, die sich überall zu bilden und zu läutern strebt, ein stetiges Zusammenfallen der Wärme des Herzens mit der einmal durchgebildeten Ueberzeugung, und einer Rechtschaffenheit des Charakters, die noch sehr gewinnen würde, wenn sie sich nicht hin und wieder mit unzweckmäßigem Flitterstaat auspukte. Und für alle diese Eigenschaften bieten uns die vorliegenden gesammelten Schriften, namentlich die beiden letzten Bände die überzeugendsten Belege.

Zunächst sehen wir mit Freude, daß Herr von Radowiz diesmal offen und unumwunden den Einfluß, den die Ereignisse der letzten Jahre auf seine politischen Ueberzeugungen ausgeübt haben, anerkennt und seinen frühern Standpunkt definitiv aufgibt. Ein solches Bekenntniß kann Niemand herabsetzen, es gereicht im Gegentheil zur Ehre. — Hören wir ihn selber.

„Wer nach großen politischen Umwälzungen auf seine eigene Stellung zu den vorwaltenden Fragen zurückblickt, der wird finden, daß, wenn er im ernsten, parteifreien Streben nach der Wahrheit verblieben ist, seine Erkenntniß zwei Stadien durchlaufen hat. Zuerst erlangt er die Einsicht, daß die Erscheinungen, die er, als von seiner politischen Lehre abweichend, getadelt und bekämpft hat, nicht bloß das Ergebnis einzelner Irrlehrer und selbstsüchtiger Parteiführer sind, sondern wirklich aus einer allgemeinen Umwandlung in den Gefühlen und Meinungen des lebenden Geschlechtes hervorgehen. Hieran knüpft sich dann für ihn die zweite Erfahrung. Er forscht nach, ob jene herrschenden Zeitansichten, jene „öffentliche Meinung“, nur Trug und Täuschung, gewissermaßen eine Geistesverwirrung in der Mehrzahl der Menschheit sei, oder ob dahinter nicht auch tiefere und berechtigete Ursachen stehen. Hieraus geht dann für ihn, den unbefangenen, aufrichtig Suchenden, die Ueberzeugung hervor, daß dabei wirklich ein historischer Entwicklungsproceß thätig ist, der hier, wo es sich nicht um absolute, sondern nur um relative Wahrheiten handelt, seinen eigenen Gesetzen folgend, unabwendlich zu gewissen Resultaten hinleitet. Daraus erwächst dann für Jeden, der es

wahrhaft wohl mit seinem Lande und Volke meint, der nicht sich und die Befriedigung eigener Gelüste sucht, die entschiedene Verpflichtung, zu einem Abschlusse mit diesen historischen Nothwendigkeiten zu gelangen. Seine individuessen Sympathien und Antipathien mag er dabei bewahren; sie entspringen aus Quellen, die nur mit dem Leben verfliegen. Aber er wird sie zu unterordnen wissen der höhern Pflicht, und nach dieser handeln, wo er dazu berufen ist."

Wir wenden uns jetzt zu den einzelnen Bänden. Den ersten übergehen wir, weil sein Gegenstand uns nur mäßig interessirt, obgleich wir in den Spott nicht mit einstimmen können, den derselbe häufig hervorgerufen hat. Es ist eben eine Liebhaberei wie eine andere. — Der zweite Band enthält, außer den Reden, die Herr v. Radowiz in Frankfurt, Berlin und Erfurt gehalten hat, eine fortlaufende Darstellung der Ereignisse vom Ausbruch der Revolution bis zum Schluß des Erfurter Reichstags. Wir finden dieselbe nicht sehr gelungen. Von einem Mann, wie Herr von Radowiz, erwartet man nicht eine historische Studie, die jeder Andere ebenso gut hätte schreiben können, sondern Aufschlüsse über das, was er nur allein wissen konnte. Diese finden sich nicht, aus begreiflichen Gründen; wir verstehen vollkommen die Discretion, die er nicht bloß dem König, sondern selbst dem gegenwärtigen preussischen Ministerium gegenüber zu beobachten hat; aber alsdann hätte er sich auf das Unternehmen nicht einlassen sollen. Die Thatfachen, die er anführt, sind uns alle bekannt, und ebenso geläufig sind uns die historisch-politischen Maximen und die philosophischen Reflexionen, mit denen er dieselben begleitet. — Aber freilich dürfen wir hier mit unsrem Urtheil nicht stehen bleiben. Wir gehören zwar mit zu dem Publicum, auf welches das Werk berechnet ist, aber wir sind doch nicht die Hauptsache. Das Werk hat wol vorzugsweise die höchsten Regionen im Auge, und wenn es hier seine Wirkung thut, so wollen wir für die Leistung im höchsten Grade dankbar sein, und die Ausstellungen, die wir von unsrem Standpunkt machen mußten, gern zurücknehmen.

Der dritte Band enthält Actenstücke, die meistens schon gedruckt sind, deren Zusammenstellung aber ein deutliches Gemälde von den politischen Ansichten des Verfassers giebt. Zunächst eine Abhandlung über die Spanische Thronrevolution von 1830, von der ein Fragment unter dem Titel „die Spanische Successionsfrage“ 1839 erschienen war. Sie ist gemäßigt legitimistisch gehalten. — Dann ein Rechtsgutachten über die Erbfolge in Schleswig, das bereits 1846 erschienen war und sehr entschieden zu dem Resultate gelangt: „Wenn in Folge der verschiedenen Successionsordnungen Dänemarks und Holsteins dort ein anderes Haus als in Holstein zur Regierung gelangt, so verbleibt Schleswig dem Herzog von Holstein.“ Es folgt eine Wiederausgabe der „Reden, welche in dem Ständesaale zu Berlin nicht gehalten worden,“ die damals 1847 anonym erschienen, und gegen die Opposition des vereinigten Landtags gerichtet waren, weniger in Bezug auf den Inhalt der liberalen Anforderungen, als auf die Form, in der man dieselben geltend zu machen suchte, die in der That etwas

Incorrectes hatte, was zu einer Polemik wol veranlassen konnte. — Demnächst die bekannte Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“, die im April 1848, wo alle Leidenschaft der tollgewordenen Masse sich gegen die Person des Königs von Preußen richtete, so großes Aufsehen machte. Ob Herr von Radowiz noch heute der Ansicht ist, daß in der That die Volkserhebung von 1848 gar nichts dazu beigetragen hat, die wohlwollenden Absichten des Königs von Preußen in Bezug auf die deutsche Einheit auch nur zu beschleunigen, und ob er diesen wohlmeinenden Absichten noch heute nach seinen Erfahrungen ein ebenso großes Gewicht beilegt, als damals, darüber spricht sich Herr v. Radowiz nicht aus. — Den letzten und bei Weitem interessantesten Theil des Bandes bilden zwölf Rechenschaftsberichte, welche Herr von Radowiz von Frankfurt aus an seine Wähler absandte. Sie beginnen mit dem Juni 1848 und schließen mit der Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser. Wir gestehen, daß wir durch diese Rechenschaftsberichte im Ganzen ein günstigeres Bild von der politischen Einsicht des Verfassers in jener Zeit gewonnen haben, als wir es früher hatten. Die Reden, die er gehalten, waren zwar in oratorischer Beziehung auf ihren Zweck sehr wol berechnet, aber es ist uns absolut unmöglich gewesen, uns aus ihnen ein klares und verständliches Bild von dem Plan zu machen, den Herr von Radowiz während seiner Anwesenheit in Frankfurt verfolgt hat. Es waren häufig so unwesentliche Gesichtspunkte hervorgehoben, so wesentliche und nothwendige Momente außer Acht gelassen, und es sprach sich darin so wenig der richtige praktische Blick aus, der über die hergebrachten Redefiguren und über das Bedürfnis des Augenblicks hinausreicht, daß wir annehmen mußten, es habe ihm selbst kein klares Bild von seiner Stellung vorgeschwebt, und er habe sich einerseits durch Bedenken, die aus seinen persönlichen Verhältnissen hervorgingen, andererseits durch die ideellen Voraussetzungen, die damals gleichsam in der Luft schwebten, und die namentlich die Nationalversammlung über das wirkliche Leben täuschten, so weit influenziren lassen, daß er an einen selbstständigen Plan nicht denken konnte. Die Rechenschaftsberichte verbessern dieses Bild wesentlich. Er hat manche Fehler und Schwächen der Nationalversammlung schon damals klar durchschaut, und er ist mit so großer Ehrlichkeit, als es einem Diplomaten überhaupt möglich ist, auf die Absichten der Majorität eingegangen. Offen gesagt, scheint er uns ebenso sanguinisch gewesen zu sein, als diese Majorität selbst, die sich durch ihre eigene Existenz, wie namentlich durch ihre Zusammensetzung davon hätte überzeugen lassen müssen, daß die Sache der Einheit Deutschland's eigentlich schon verloren war. Nach unsrer Ansicht gab es nur drei Wege, auf denen damals die Einheit Deutschland's hätte hergestellt werden können. Entweder siegte die Revolution überall, warf die sämmtlichen Throne um und richtete eine deutsche Republik ein, die wahrscheinlich zunächst eine provisorische Anarchie gewesen wäre, aus der sich dann aber im Laufe der Zeit möglicherweise eine be-

stimte Form hätte entwickeln können, wenn wir nicht mittlerweile eine Bente Rußlands oder Frankreichs geworden wären. Daß die Majorität der Nationalversammlung diese Eventualität gar nicht ins Auge faßte, gereicht ihr selbst nur zur Ehre, denn sie hätte das Vaterland allen Schrecknissen einer langjährigen Zerrüttung preisgegeben und doch keine bestimmte Aussicht für die Zukunft festgestellt; andrerseits aber war es auch durch die Lage der Dinge geboten. Denn der Strom der Revolution war zur Zeit ihres Zusammentritts bereits überall im Abnehmen, und die Wahlen waren ein offener Protest des Volks gegen die Verfehrtheiten der Demokratie. Daß die Linke noch immer an diesem Standpunkt festhielt, daß sie fortfuhr, die Nationalversammlung als Centralauschuß der revolutionairen Partei zu betrachten, lange, nachdem sich diese auf Seite der Reaction geschlagen hatte, und daß sie nur der schlechten Gesinnung ihrer Gegner es schuld gab, wenn es nicht so wurde, wie es hätte werden sollen, war eine um so wohlfeilere Naivetät, als sie sich mit der Rolle einer unbetheiligten Kritik begnügen konnte, und nicht nöthig hatte, ein verständliches Bild von ihren eigenen Absichten zu geben; daß noch ganz zuletzt, als schon Alles verloren war, der tragi-komische Versuch gemacht wurde, sich in die alte Stellung wieder zurückzuschrauben, liegt in dem Naturgesetz, wonach die einmal angestoßene Kugel ihren Lauf vollenden muß, bis durch Friction oder durch einen äußern Widerstand ihre Kraft erschöpft ist. — Die zweite Möglichkeit, die Einheit Deutschlands herzustellen, lag in der Eroberung Klein-Deutschlands durch Preußen. Dieses setzte aber voraus, daß an allen übrigen Orten die Revolution siegte, in Preußen dagegen besiegt wurde. Hätte der 18. März in Berlin einen andern Ausgang gehabt, wären die liberalen Staatsveränderungen eingeführt worden, ohne eine Erschütterung der Staatskräfte durch die Revolution, hätte Preußen damals in Süddeutschland dieselbe Rolle spielen können, die es im Mai 1849 spielte, so wäre der Ausgang nicht zweifelhaft gewesen, und es hätte keines alten Fritz bedurft, um den Ereignissen die nothwendige Richtung zu geben. Als man aber später wieder auf diese Eventualität zurückkam, war ein erfolgreiches weiteres Streben in diesem Werke kaum denkbar, denn das Parlament konnte damals mit seinen Beschlüssen über keine nationale Macht mehr disponiren, und die diplomatischen Verhandlungen fanden bereits befestigte Zustände vor, gegen die sie nichts ausrichten konnten. — Die dritte Eventualität endlich, das Aufgehen Deutschlands in Oestreich, welches damals auch vielen Politikern vorschwebte, wäre nur durch eine Conjectur der alleraußerordentlichsten Umstände völlig zu erreichen gewesen, obgleich das wirkliche Resultat der Thatsachen dieser Eventualität noch am nächsten gekommen ist. — Das Mißliche in der damaligen Politik war nun, daß man nicht eins dieser Ziele bestimmt und unverrückt vor Augen hielt, sondern sie alle drei ziemlich gleichmäßig verfolgte. Man wollte republikanische Formen und Fortdauer der Fürsten, ein Kaiserthum und einen nationalen Bundes-

Staat, und weil eins immer dem andern widersprach, erreichte man nichts von Allem. Ganz frei von dieser Combination unmöglicher Voraussetzungen war kein Einziger unter den damaligen Staatsmännern, am Wenigsten Herr v. Radowiz. —

Der vierte Band enthält die Fragmente, theils kleine Journalartikel, die bereits früher gedruckt waren, theils Tagebuchblätter von 1826—1832; sie sind sehr interessant, weniger in Bezug auf den objectiven Inhalt ihrer Lehren, den man anderwärts bequemer haben kann, als in Beziehung auf den inneren Entwicklungsgang in den politischen Ansichten des Verfassers, für welchen sich doch ein fortgehender Leitfaden vorfindet. Wir empfangen überall den Eindruck einer im Grunde ehrlichen, aber durch sophistische Bildung in falsche Bahnen gelenkten Natur, die nur durch starke Anstrengungen den richtigen Weg wieder findet. — Ueber die gegenwärtige Lage der Dinge denkt Herr v. Radowiz sehr ernst; wir wollen ihn selber hören.

„Die große Mittelpartei, die in allen Versammlungen stets die Mehrzahl ausmachen wird, stand am Ende des Jahres 1850 einer sehr schwierigen Wahl gegenüber. Trat sie entschieden und offensiv gegen das Personal und das System der Regierung auf, so mußte sie annehmen, daß daraus der Uebergang in die Hände der äußersten Reactionspartei, und in dessen Folge ein offener Bruch mit der Verfassung folgen werde. Die Leiter der Mittelpartei haben diese Verantwortung nicht auf sich nehmen wollen; sie haben zwar ihre Mißbilligung des eingeschlagenen Weges an den Tag gelegt, aber nicht allein keine Folgen daran geknüpft, sondern dem Fortgange in dieser Richtung selbst Vorschub geleistet. Die Gefahr, die von ihrem Standpunkte aus hierdurch auf der einen Seite vermieden wurde, ist aber auf der andern in demselben Maße hervorgetreten. Die augenfällige Thatsache, daß ein politisches System, das nach Innen und Außen mit den allgemeinen Wünschen und Gefühlen im Widerspruche stand, dennoch seinen Weg ungestört verfolgen konnte, lieferte für die Mehrzahl der Zuschauer den unzweifelhaften Beweis von der Ohnmacht des ganzen constitutionellen Princips. Der Rückschlag auf die öffentliche Meinung ist nicht ausgeblieben. Außer den leicht zu unterscheidenden Kundgebungen der Partei der Contrerevolution haben sich auch in der Presse und den Adressen Stimmen genug erhoben, die von dem Ekel an den vorhandenen Zuständen bis zu verbitterter Verachtung der Staatsform hingetrieben worden, aus welcher sie ihrer Meinung nach erwachsen sind. Das constitutionelle System hat in der Meinung der Gegenwart einen tiefreichenden Stoß davongetragen.

Ähnliches ist ungefähr überall in Deutschland vorgekommen. Die Regierungen der Mittelstaaten, selbst mancher kleineren, sind ungehemmt auf Wegen fortgeschritten, auf denen sie ohne allen und jeden Zweifel die unermessliche Mehrzahl der Staatsangehörigen durchaus gegen sich hatten.

Ist aber dies eine Erscheinung, welche Dauer verspricht? Wird wirklich dasjenige, was der constitutionellen Meinung abfällt, dagegen der absolutistischen zuwachsen und dieser ein dauerndes Leben verbürgen? — Die Zahl der wirklichen Convertiten ist gering. Eine weit größere der früheren Constitutionellen ist allerdings in stumpfe Gleichgültigkeit verfallen, oder vielmehr in fatalistische Hingebung. Aber dies ist keine gesunde, keine haltbare Stimmung; es ist ein Betäubungsschlummer, aus welchem das Erwachen nicht ausbleibt. — Noch ein Theil endlich geht entschieden in das demokratische Lager über, Wenige wol nur aus wirklichem Ueberzeugungswechsel, Viele aber aus Rachegefühl oder aus dem Gedanken, daß nur auf diesem Wege der gemeinsame Feind zu überwinden sei.

Wenn nun ein Moment des Wechsels herankommt, sei es woher er wolle, wie dann? Wo ist die große, durch Zahl und bürgerlichen Einfluß mächtige Partei, die sich vom April 1848 an zwischen die Throne und deren republikanische Bestürmer stellte? Was man auch urtheilen möge von dem Werth oder Unwerth jener altliberalen Partei, die es eben hier-

durch möglich machte, daß die monarchische Ordnung durch stärkere Hände wieder aufgerichtet werden konnte, wieviel Dank oder Undank ihr dafür gebühren möge, — daß sie in kommenden Zeiten nicht wieder aufzufinden sein wird, bleibt eine ernsthafte Betrachtung.“

Für einen Diplomaten scheint uns das deutlich genug gesprochen. Noch deutlicher wird aber der Sinn durch folgende Stelle:

„Der neueste Hergang in Paris (2. December 1850) schließt eine Reihe von historischen Thatfachen, die seit drei Jahren den Beweis für den Satz liefern, daß im heutigen Europa, England ausgenommen, nur zwei materielle Kräfte wirklich wirksam sind: die Armee und die Demokratie. Nur diese beiden vermögen sichtbare Umwälzungen hervorzubringen; sobald diejenigen, die sich ihrer bedienen wollen, die moralischen Elemente einfach negiren, sind diese auch factisch annullirt. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, hieß der Spruch. Das tief Schmerzliche ist, daß manche Mittelparteien, ja daß ein großer Theil der constitutionellen Presse, welcher deutlich gezeigt worden, welche Ohnmacht allen Rechts- und Vertragsverhältnissen innewohnt, bald genug versucht sein kann zu sagen: Gegen Soldaten helfen nur Demokraten!“ —

Das ist eine schlimme Aussicht, namentlich in dem Munde eines so bedächtigen, und durch seine eigenthümliche Lage so zur Vorsicht getriebenen Staatsmanns! —

Die nächsten Bände werden die Fragmente „zur Religion und Philosophie“, und zur „Literatur und Kunst“ enthalten.

Politiker der Zukunft.

4.

Lettres Franques. A Napoleon III., empereur des Français. Par Fr. Billot, avocat. Bruxelles & Leipzig, Kiessling & Comp. —

Die orientalische Frage und das deutsch-englische Bündniß. Keine Denkschrift, aber eine Schrift zum Denken. Geschrieben von Anfang Februar bis Anfang März 1853. Berlin, F. Duncker. —

Westeuropäische Gränzen. Von einem Beamten der Civilisation. Trier, Ling. —

Vor noch nicht langer Zeit gehörte es bei allen Mitgliedern der weiter vorgeschrittenen Partei, bei allen Politikern der Zukunft, zum guten Ton, von den gegliederten historischen Individualitäten, von Nationen und Staaten, möglichst geringschätzig zu reden. Vielleicht ist es gerade der Bonapartismus, dem wir in dieser Beziehung eine wesentliche Umstimmung in den Gemüthern verdanken, wo die Abstraction noch nicht alles Leben des Verstandes und des Herzens ertödtet hat. So wie es vor einem halben Jahrhundert den Eroberungszügen des älteren Napoleon vorbehalten war, die Volksgeister aus ihrem Schlummer zu erwecken, und sie zu neuem, kräftigem, individuellem Leben anzuregen, so scheint auch der kriegerische Eifer, der sich seit der Thronbesteigung des jüngern Napoleon des